

Die Tschechoslowakei im Sommer 1948

Autor(en): **Weber, Karl Heinrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **27 (1948)**

Heft 10

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336008>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

zu gehen, um, wie Schostakowitsch in seinem Unterwerfungsbekenntnis sagt, Werke zu schaffen, «die den Weg zum Herzen des Sowjetvolkes finden, ihm verständlich und lieb sind und organisch verbunden sein werden mit der Volkskunst...» Wir fürchten eher, daß Schostakowitsch, in dessen Werken schon vorher eine oft peinliche Mischung von hohem Talent und Banalität, von Revolutionärem und sehr Bekanntem festzustellen war, nun vollends im Banalen und Hergebrachten versinken werde. Die Entwicklung auf andern Gebieten der Sowjetkunst (nicht zufällig empfiehlt der zitierte Aufsatz in der bildenden Kunst «die lebendige Landschaft oder das Genrebild»!) läßt solche Befürchtungen leider viel gerechtfertigter erscheinen als die abschließende Verheißung des Sowjetkritikers: es bestehe «kein Zweifel, daß die kommenden Jahre eine neue Blütezeit der Sowjetmusik bringen werden».

Und doch hätte gerade eine große sozialistische Gemeinschaft die herrliche Möglichkeit, allen Künstlern, die diesen Namen verdienen, ihr Schaffen zu erleichtern und die Chance zu geben, mit ihren Werken die lebenden und die nach uns kommenden Geschlechter reicher und glücklicher zu machen...

KARL HEINRICH WEBER

Die Tschechoslowakei im Sommer 1948

Wirtschaftliche Voraussetzungen des Wiederaufbaues

Okkupation und Krieg haben tiefe Wunden in den tschechoslowakischen Wirtschaftskörper geschlagen. Die Deutschen haben diesen rücksichtslos in ihre Kriegswirtschaft eingeordnet und ausgebeutet. Die Rüstungsindustrie wurde ausgebaut, für sie zahlreiche große Betriebe errichtet und die Herstellung von Konsumgütern gedrosselt. Dies brachte eine starke industrielle Umschichtung. Rund eine Million Tschechen wurden für Jahre zu Zwangsarbeiten nach Deutschland verschickt.

Die übernutzten Anlagen durften nur erneuert werden, wenn es wehrwirtschaftlich notwendig war. Reparaturen in Betrieben blieben auf ein Mindestmaß beschränkt. Neubau und Unterhalt von Wohnungen waren verboten. Auch die Landwirtschaft wurde von der Okkupationsmacht ausgeplündert. Der Rindvieh- und der Schweinebestand verminderten sich je um gut einen Drittel. Der Mangel an Dünger, Maschinen und Arbeitskräften erschwerte die Feldbestellung und drückte die Hektarerträge.

Groß waren auch die Kriegsschäden. Die ganze Slowakei und weite Gebiete von Mähren und Schlesien waren Schauplatz heftiger Kriegshandlungen. Wichtige Industrieanlagen wurden von alliierten Fliegern mit Bomben belegt. Die unmittelbaren Kriegsschäden werden auf rund 300 Milliarden Kronen geschätzt (Verrechnungkurs: 100 Kronen = Sfr. 8.50). Die mittelbaren Schäden, welche aus der Einordnung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft in die deutsche Kriegswirtschaft entstanden, beziffert man ungefähr gleich hoch.

Die Okkupation brachte aber auch unentwirrbare Besitzesverhältnisse. Tschechische Unternehmen gingen durch Arisierung, Kauf und nicht mehr kaufähnliche Vorgänge an reichsdeutsche Bürger und Unternehmen über. Oder deutsches und tschechisches Kapital beteiligte sich zusammen an neuen Unternehmen. Besonders die Banken dienten hier als Zwischenglieder.

Im zweiten Weltkrieg hat sich das Prinzip des Nationalstaates durchgesetzt. Die Moldaurepublik war um so eher bereit, dieses Prinzip anzuerkennen, weil sie wegen der Minderheiten schmerzliche Prüfungen überstehen mußte. Von den 3 Millionen Deutschen und Ungarn erhielt nur etwa ein Zehntel das tschechoslowakische Bürgerrecht. Die andern wurden ausgesiedelt. Die Meinung des tschechoslowakischen Volkes darüber war einhellig, obwohl dadurch rund 800 000 Arbeitskräfte, wovon die Hälfte der Industrie, dem Wiederaufbau entzogen wurden. Was das bedeutet, sei an den Verhältnissen in der Textilindustrie beschrieben. In diesem Wirtschaftszweig waren vor dem zweiten Weltkrieg 250 000 bis 300 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Von diesen verblieben unmittelbar nach Kriegsende noch 140 000. Die Hälfte davon waren Deutsche. Diese wurden nun bis auf einen kleinen Prozentsatz von Fachleuten nach und nach ausgesiedelt¹ und, soweit es ging, durch tschechoslowakische Arbeitskräfte, die bis dahin eine Textilfabrik nicht von innen gesehen hatten, ersetzt.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse nach Kriegsende haben eine Rückkehr zur alleinigen freien Privatwirtschaft kaum mehr ermöglicht. Dies und die Erinnerung an die Krisen in der Vorkriegszeit ließen auch die nicht sozialistischen Parteien erkennen, daß ein Ausweg nur in einer Nationalisierung der wichtigsten Betriebe und in einer Planung der gesamten Wirtschaft zu finden war.

Die Nationalisierung industrieller Betriebe, der Banken und Versicherungsanstalten

In seiner aus London an das tschechoslowakische Volk gerichteten vierten Botschaft vom 3. Februar 1944 hat Staatspräsident Beneš dem Verlangen des Volkes Ausdruck gegeben. Er führte unter anderm aus: «Unser Staat wird zahlreiche wirtschaftliche und soziale Änderungen ausführen und das Prinzip der Planung in sein politisches und wirtschaftliches Leben übernehmen.» Im April 1945 wurde im ostslowakischen Städtchen Kaschau die künftige Politik auf dieser Basis programmatisch festgelegt. Das sogenannte Kaschauer Programm ist die Kundgebung aller, an der Nationalen Front beteiligten Parteien, der Parteien, die während der Besetzung gemeinsam gegen die Deutschen gekämpft haben. Die Erklärungen der bisherigen Regierungen galten der Ausführung dieses Programms.

Einer der Eckpfeiler der neuen Wirtschaftsordnung ist die Nationalisierung der Bergwerke, der wichtigsten industriellen Betriebe, der Banken und der privaten Versicherungsanstalten. Über die vier Dekrete des Präsidenten der Republik vom 24. Oktober 1946, welche die Nationalisierung betreffen, hat Walter Gyßling hier referiert («Rote Revue», 1946, Seite 13). Darauf sei verwiesen.

Die Nationalisierung erfaßte, an der Zahl der Arbeitnehmer gemessen, in den historischen Ländern ohne die Slowakei in Prozenten aller in der fraglichen Industrie überhaupt Beschäftigten:

Bergbau	100
Hütten-, Eisen- und Metallindustrie	75
Chemische Industrie	74
Sägewerke und Holzbearbeitungsindustrie	23

¹ Vgl. «Rote Revue», Januar 1948, Artikel von Bohemicus: «Die Tschechoslowakei ohne Minderheiten.» — *Red.*

Lederindustrie	60
Papierindustrie	50
Baumaterial- und Ziegeleiindustrie	59
Industrielles Baugewerbe	10
Glasindustrie	68
Textil- und Bekleidungsindustrie	46
Zuckerindustrie	69
Lebensmittelindustrie	15

Im Durchschnitt aller Industrien Böhmens, Mährens und Schlesiens 62 Prozent.

Die Slowakei kann außerhalb der Betrachtungen bleiben, da die Industrie dort unbedeutend und erst in Entwicklung begriffen ist.

Die 2836 nationalisierten Betriebe sind bis Mitte März 1947 in 246 Nationalunternehmungen zusammengezogen und von diesen 208 den 11 Generaldirektionen für Bergwerke, Energieerzeugung, Hüttenwerke für Eisen und Buntmetalle, Metall- und Maschinenindustrie, chemische Industrie, Baumaterial- und Keramikindustrie, Glasindustrie, Papierindustrie, Holzverarbeitungsindustrie, Textil- und Bekleidungsindustrie sowie Leder- und Gummiindustrie unterstellt worden. Die genannten Generaldirektionen werden durch das Industrieministerium beaufsichtigt. Die landwirtschaftliche Rohstoffe verarbeitenden restlichen 38 Nationunternehmungen unterstehen weiteren 6 Generaldirektionen, und zwar denen für die Zucker-, Spiritus-, Fett-, Schokolade-, Confiserie- und Brauereiindustrie sowie für die Mühlen. Das Ernährungsministerium ist für diese zuständig. Die Vereinigung der einzelnen Betriebe in Nationalunternehmungen war notwendig, um unter einheitlicher Verwaltung eine Bereinigung der Produktionsprogramme als Voraussetzung einer Rationalisierung vornehmen, einen Erfahrungsaustausch tätigen, die Forschung zusammenfassen und eine kostensparende Massenproduktion aufbauen zu können.

Die Antwort auf die Frage nach dem wirtschaftlichen Erfolg läßt sich selbst nach zwei Jahren billigerweise nicht geben. Die Gründe dafür sind mannigfaltig. Es finden Organisationsformen Anwendung, die keine erprobten Vorbilder haben. Das Ganze ist immer noch im Aufbau begriffen und muß den wechselnden Verhältnissen stest angepaßt werden. Die Umstellung von der Kriegsproduktion auf die Friedensherzeugung war auch in andern Ländern weder volkswirtschaftlich noch betriebswirtschaftlich gewinnbringend. Die Nationalisierung hat zudem hauptsächlich die wichtigen und großen Industrieunternehmungen erfaßt, die der Ausbeutung durch die Okkupationsmacht und den Zerstörungen durch Kriegshandlungen besonders ausgesetzt waren. Der Wiederaufbau wurde nicht durch den Staat subventioniert; er mußte von den Betrieben selbst mit Hilfe von ordentlichen Bankkrediten, für welchen der Staat nur nötigenfalls bürgte, in die Wege geleitet werden. Dadurch werden die Gewinn- und Verlustrechnungen der nationalisierten Betriebe sehr unterschiedlich belastet. Auf 1. Januar 1948 begannen sie aber ihre Tätigkeit mit einer bereinigten Eröffnungsbilanz. Dubiose Guthaben, Wertpapiere, deren Werte durch die Verhältnisse fragwürdig geworden sind, oder eigene Verpflichtungen, welche wegen der Kriegseignisse untragbar wurden, übernahm ein besonderer staatlicher Fonds.

Die Betriebe sind wohl im Besitze des Staates, in ihren wirtschaftlichen Dispositionen aber frei, soweit sie nicht durch die Lenkung der Planbehörden oder durch Preiskontrolle gebunden sind. Sie sind nach anerkannten, gesunden kaufmännischen Grundsätzen zu leiten. Selbst die leitenden Angestellten sind keine staatlichen Funktionäre. Sie sind persönlich verantwortlich für die Erfüllung ihrer Pflichten. Schadenersatzklage gegen sie ist ergreifbar. Oberstes Organ ist der Verwaltungsrat. Derjenige des Nationalunternehmens wird durch die Regierung ernannt, ein Drittel davon ausschließlich auf Vorschlag der Gewerkschaft. Die Verwaltungsräte der nationalisierten Betriebe werden

zu zwei Dritteln durch das zuständige Nationalunternehmen berufen und der letzte Drittel durch die Belegschaften direkt gewählt.

Der Kampf um die Verstaatlichung ist nur halb gewonnen, solange der politische Erfolg nicht durch wirtschaftliche Erfolge gerechtfertigt wird. Das wirtschaftliche Ergebnis, soweit es im Gewinn abgelesen werden soll, hängt nicht nur davon ab, wie der einzelne Betrieb durch die Behebung der Kriegsschäden, durch die Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion, durch genügende oder ungenügende Bereitstellung von Arbeitskräften usw. belastet wird, sondern auch von der Preispolitik des Staates. Da dieser bis anhin ein Interesse daran hatte, die Preise für Kohle, Eisen und Halbfabrikate auf einer gewissen Höhe zu halten, war es zum Beispiel den Bergwerken und Hüttenbetrieben, wenn nicht günstige Verhältnisse vorlagen, gar nicht möglich, einen Gewinn abzuwerfen. Die veröffentlichten Zahlen über Geschäftsabschlüsse lassen somit keine ohne weiteres sicheren Rückschlüsse zu. Mit diesem Hinweis sollen aber die zweifelsohne feststellbaren Produktionserhöhungen nicht bagatellisiert oder gar in Abrede gestellt werden. Es ist hierzu auf weiter unter genannte Zahlen zu verweisen.

Mit Ausnahme der Bergwerks- und Hüttenindustrie haben schon 1946 die meisten nationalisierten Betriebe Gewinne abgeworfen. Indizien dafür, daß ihre wirtschaftliche Führung im ganzen nicht schlechter ist als in der übrigen Industrie, geben folgende Zahlen: In der gesamten Industrie fielen im Durchschnitt auf einen Angestellten 5,7 Arbeiter im Jahre 1946 und 5,5 Arbeiter im Jahre 1947. In der nationalisierten Industrie waren es im Jahre 1947 5,6 Arbeiter. Angaben für 1946 fehlen. Machten im zweiten Quartal 1946 im Monatsdurchschnitt die Summe der Gehälter und Löhne noch 26 Prozent des Verkaufserlöses für die ganze Industrie und 31 Prozent für die nationalisierte Industrie aus, so sank der Anteil für das zweite Quartal 1947 auf 23 bzw. 25 Prozent. Es gelang also, die Arbeit in der nationalisierten Industrie stärker zu intensivieren als in der Industrie überhaupt.

Mehr aus politischen Gründen denn aus wirtschaftlicher Notwendigkeit ist im Februar 1948 eine Ausweitung der Nationalisierung eingeleitet worden. Schon im Dezember 1947 war, um die reguläre Versorgung des Marktes sicherzustellen, der Textilhandel nationalisiert und reorganisiert worden. Unter die Nationalisierung sollen nun alle Betriebe mit 50 und mehr Arbeitern fallen. Es wird geschätzt, daß nur noch etwa 7 Prozent der industriellen Arbeiterschaft in privaten Betrieben tätig sein werden. Anscheinend wird die Ausdehnung der Nationalisierung über die industriellen Betriebe hinaus auf die kaufmännischen eine wirtschaftliche Belastung sein, da die Organisation dieser recht zahlreichen kleineren Betriebe verschiedene Probleme stellt, welche nicht einfach zu lösen sein werden.

Zweijahrplan

Nach dem Zweijahrplan sind bis Ende 1948 folgende grundlegende Ziele zu erreichen: Erhöhung der industriellen Produktion auf einen Stand von 10 Prozent über dem Niveau von 1937, Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf den Vorkriegsstand, Wiederherstellung der Transportkapazität der Vorkriegszeit, Schaffung von 125 000 Wohnungen neben den Bauten an Straßen und Brücken für Eisenbahnen und Industrie usw., Beginn des Aufbaues neuer Industrien in der Slowakei, in Südböhmen und in einzelnen Randgebieten zur Förderung dieser überwiegend landwirtschaftlichen, wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebiete. Trotz der letztgenannten Zielsetzung bleibt der Zweijahrplan ein Wiederaufbauplan und ist kein Investitionsplan im Sinne der Fünfjahrpläne der UdSSR. An der bisherigen Wirtschaftsstruktur des Landes soll im allgemeinen vorerst nichts geändert werden.

Von der Planung werden nur einzelne Sektoren der Wirtschaft erfaßt. Es gilt zunächst, durch Planung den Wiederaufbau der Industriezweige und -gruppen und ihre

ausreichende Produktion sicherzustellen, ohne die eine allgemeine wirtschaftliche Erholung nicht möglich ist. Mit dieser Sicherstellung ist aber auch der Wiederaufbau der vom Plan nicht direkt erfaßten Wirtschaftszweige gewährleistet. Der Zweijahrplan ist daher auch schon die Planung der Engpässe in der tschechoslowakischen Wirtschaft genannt worden. Die erste in die Planung einbezogene Industrie­gruppe umfaßt die Produktion von Energiestoffen (Steinkohle, Braunkohle, Elektrizität und Benzin). Sie genießt wegen ihrer Wichtigkeit die volle Aufmerksamkeit der Regierung. Die zweite Gruppe schließt die Eisen-, Stahl- und Kunstdüngerindustrie ein. Erst wenn diese Industrien ausreichend liefern, kann die Produktion der industriellen Betriebe der nachfolgenden Produktionsstufen und auch die landwirtschaftliche Erzeugung gesteigert werden. Die dritte Gruppe der vom Zweijahrplan erfaßten Industrien sind die der wichtigsten Kapitalgüter und die vierte Gruppe die der hauptsächlichsten Konsumgüter. Für alle diese Industrien sind Produktionsziffern festgelegt. Die Produktion der übrigen Güter wird indirekt durch die Zuteilung von Rohstoffen und Investitionsgütern geleitet.

In der Tschechoslowakei wird also der Versuch unternommen, durch Führung wichtiger Basisindustrien und für die Versorgung bedeutsamer Gütererzeugung indirekt die ganze Volkswirtschaft einer wirksamen Wirtschaftsplanung zu unterstellen. An den Produktionsziffern gemessen, wird dieser Versuch, trotz verschiedenen Erschwerungen von außen her, wohl gelingen².

	Förderung oder Produktion			Eisenbahn- güterwagen Stück	Automobil- lastwagen Stück
	Steinkohle	Braunkohle	Rohstahl		
	in 1000 Tonnen				
1937*	1389	1500	193	119	334
1945* (4. Quartal)	1043	1429	81	83	52
1946*	1178	1626	139	894	246
1947*	1351	1864	190	1148	436
1948 Januar	1488	2064	216	805	577
Februar	1411	1890	205	824	589
Planziffer für 1947*	1365	1819	184	1042	541
Planerfüllung für	in Prozenten				
1947	99	102	104	110	80
1948 Januar	98	103	107	92	103
Februar	100	102	109	90	99

* monatlicher Durchschnitt

	Traktoren	Elektromotoren	Phosphat- dünger	Kunst- seide	Baumwoll- garne
	Stück	0,5—25 kw 1000 Stück	1000 t	in t	1000 t
1937*	17	6,8	26,0	333	7,4
1945* (4. Quartal)	—	—	—	—	—
1946*	78	10,1	17,1	261	3,1
1947*	465	21,6	35,2	424	4,9
1948 Januar	648	21,6	35,2	424	5,3
Februar	714	24,5	30,4	408	5,5
Planziffer für 1947*	471	16,7	31,7	390	4,4
Planerfüllung für	in Prozenten				
1947	99	101	124	110	111
1948 Januar	103	101	124	110	82
Februar	103	112	111	106	82

* monatlicher Durchschnitt

² Neueren Nachrichten zufolge sind die Schwierigkeiten, auf die die tschechoslowakische Wirtschaftslenkung stößt, zurzeit in Zunahme begriffen. — Red.

Den Zahlenreihen ist zu entnehmen, daß in den wichtigsten Industriezweigen der Produktionsstand aus der Vorkriegszeit erreicht, meist sogar überschritten ist. Was nur in einer Planwirtschaft in dem Maße möglich ist, zeigt die Entwicklungsreihe der Eisenbahngüterwagen und der Traktoren. Die Herstellung der Güterwagen ist forciert worden, um den Engpaß im Transport und die dadurch hervorgerufene Hemmung des Güteraustausches möglichst rasch zu beheben. Nach dem Plan sollen im ersten Jahre 1942 und im zweiten Jahre nur noch 604 Güterwagen durchschnittlich im Monat hergestellt werden, gegen 119 Wagen monatlich im Jahre 1937. Landwirtschaftliche Maschinen sollen auf dem flachen Lande den Arbeitsvorgang rationalisieren und Arbeitskräfte freisetzen, damit diese die Plätze der Sudetendeutschen in der Industrie einnehmen können. Daher zum Beispiel die starke Steigerung des Baues von Traktoren von monatlich 17 im Jahre 1937 auf 465 Stück 1947 und nach Plan auf 750 für 1948. Diese Entfaltung ist durch den Ausbau der Fahrzeugindustrie während der Okkupation erleichtert worden. Daß die Planziffern für Baumwollgarne jüngst nicht mehr erreicht werden, ist den Schwierigkeiten auf den international bewirtschafteten Baumwollmärkten, was auch die Schweiz zu spüren bekommt, und den Folgen der letztjährigen Dürre auf den Außenhandel des Landes zuzuschreiben.

In der Landwirtschaft wird danach getrachtet, allgemein den Vorkriegsstand zu erreichen. Nur für den Viehbestand (Rindvieh, Schweine), für Molkereiprodukte (Milch, Butter) und für Eier sind Planziffern auf Grund des Standes 1946 aufgestellt worden. Es erübrigt sich aber, darauf einzugehen, weil Naturkatastrophen nicht planwirtschaftlich erfaßt werden können und in Überwindung ihrer Folgen besondere planwirtschaftliche Vorkehren notwendig machen, was hier nicht erläutert werden kann.

Die Trockenheit des letzten Jahres hat sich katastrophal ausgewirkt. Dies sei an einigen Zahlen dargestellt. Die Milchlieferung betrug durchschnittlich im Monat (in 1000 Hektolitern): 1937 rund 3605, 1945 waren es nur noch 1656, 1946 aber schon wieder 2141, um 1947 zurückzugehen auf 1940. Waren es im Februar 1947 noch 1779, so wird für Februar 1948 die Ablieferung auf 1139 geschätzt. Seitens der Regierung ist im Herbst 1947 angenommen worden, daß die Mißernte einen Ausfall von 15 Milliarden Kronen des Volkseinkommens bringen wird. Deutlich zeigt sich der Ausfall im Außenhandel. Es wird angenommen, daß für das ganze Erntejahr für 6 Milliarden Kronen mehr Nahrungs- und Futtermittel importiert und für 4 Milliarden weniger landwirtschaftliche Erzeugnisse exportiert werden können, trotz starker Herabsetzung der Lebensmittelrationen. Allein daraus resultiert eine Belastung der Handelsbilanz mit 10 Milliarden Kronen. Um die Lebensmittelimporte bezahlen zu können, muß die Ausfuhr von Industrieprodukten übermäßig gesteigert werden, was wiederum eine Erhöhung des Importes gewisser Rohstoffe erfordert. Im ersten Quartal 1947 betrug der Import total 5,0 und der Export 5,5 Milliarden Kronen. Werden die restlichen UNRRA-Lieferungen noch berücksichtigt, so hat ein leichter Passivsaldo vorgelegen. Im ersten Quartal 1948 war aber der Import 11,2 und der Export 7,6 Milliarden. Es ist somit ein erheblicher Passivsaldo entstanden. Die Lebensmittelausfuhr ist von 15 auf 2 Prozent des gesamten Ausfuhrwertes gefallen (von 822 auf 184 Millionen Kronen) und die Lebensmitteleinfuhr von 783 auf 4518 Millionen Kronen gestiegen. Ihr Anteil am Einfuhrwert beträgt 40 Prozent gegen 15 Prozent im Vorjahr. Wenn nicht außerordentliche Einfuhrbedürfnisse (rund 4 Milliarden für Lebensmittel) vorhanden gewesen wären, würde vermutlich ein ausgeglichener Außenhandel vorliegen. Auf diese Weise ist die Struktur des Außenhandels zeitweise wesentlich verschoben worden. Dieser Zwang zu erhöhten Exporten drückt sehr stark auf die inländische Marktversorgung. Industrielle Konsumgüter, welche im Sommer 1947 schon reichlich und in größerer Auswahl auf dem Markte angeboten wurden, waren im Frühjahr 1948 nicht oder nur beschränkt zu haben. Trotz den erneuten Einschränkungen soll die tschechoslowakische Volkswirtschaft

von ihrer Substanz zehren, weil die der Bevölkerung auferlegten Einschränkungen nicht so groß sind, um die notwendigen Investitionen in vollem Umfange tätigen zu können.

Betriebsräte

Am Kongreß der Konsumgenossenschaften Großbritanniens und besonders am Jahreskongreß 1948 der englischen Arbeiterpartei übte ihr Vorsitzender Shinwell an der Verstaatlichungspolitik der Regierung Kritik, welche großes Aufsehen erregte. Er führte aus, daß es nicht genüge, Privatbesitz einfach in staatlichen Besitz überzuführen. Keine staatlich verwaltete Industrie könne als befriedigend angesehen werden, solange sie nicht wahrhaft demokratisch und sozial geleitet werde. In einer Analyse der Ausführungen Shinwells und Entgegnung der Torypresse, welche der Rede einen ganz andern Inhalt geben wollte, legte die Schriftleitung der englischen sozialistischen Wochenzeitung «The New Statesman and Nation» in Nummer 896 dar, daß die Verstaatlichung nur gelingen könne, wenn die Gewerkschaften an der Betriebsleitung direkt teilhaben, eine tatsächliche Verantwortung auch in die Hände der Arbeiter gelegt wird und ihnen die Möglichkeit der Kontrolle gegeben ist. Es wird dabei anerkennend auf die Betriebsräte in der Tschechoslowakei verwiesen.

In der Tschechoslowakei ist die Mitwirkung der Gewerkschaft am wirtschaftlichen Geschehen auf verschiedene Weise gesichert. Sie hat ihre Vertreter in den wirtschaftlichen Organen des Staates und in den Verwaltungsräten der nationalisierten Betriebe. Ist schon dadurch das Mitspracherecht der Arbeitnehmer in allgemeinen Wirtschaftsfragen und Entscheidungen gewährleistet, so wird es durch das System der Betriebsräte vertieft und auf eine Massenbasis gestellt. Die Unterordnung des Betriebsarbeiters unter die Betriebsleitung und ihre Vertreter ist nicht mehr eine bedingungslose. Der Arbeiter wie der Angestellte nehmen am Geschäftsgang aktiv teil, üben eine Kontrolle aus und haben in gewissen Sachen auch ein direktes Mitspracherecht. Damit sind in ihnen das Gefühl der Verantwortung gegenüber dem Betrieb und seinem Gedeihen sowie eine Einsatzbereitschaft geweckt, was Großes schaffen läßt. Ohne dieses hätte sicherlich der Produktionsstand der Vorkriegszeit in der Industrie nicht in so kurzer Zeit und unter solch erschwerenden Umständen erreicht werden können.

Aufgaben der Betriebsräte sind: 1. Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer. 2. Überwachung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Betriebes und des Unternehmens dahin, daß diese mit den allgemeinen Wirtschaftsinteressen übereinstimmt und im Sinne der erlassenen wirtschaftspolitischen Anordnungen abgewickelt wird. 3. Beaufsichtigung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Betriebes darüber, daß bei Wahrung der Grundsätze einer guten Betriebsführung auch die wirtschaftlichen, sozialen, hygienischen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer befriedigt werden. 4. Durch Vorschläge oder Anregungen bei der Betriebsleitung im Interesse des allgemeinen Wohlstandes die beste Betriebsführung und damit den höchsten Ertrag zu sichern.

Der Betriebsrat hat also vorwiegend zu kontrollieren. Ein Mitspracherecht mit Ausnahme bei Einstellung oder Entlassung von Arbeitnehmern steht dem Betriebsrat in Fragen der Betriebsführung und geschäftlichen Entscheidungen nicht zu. Die Interessen des Arbeiters bleiben aber trotzdem durch seine gewerkschaftliche und politische Organisation gewahrt. Er kann sich daher im Betriebe auf eine Kontrolle beschränken. Wesentlich ist, daß durch die restlose Möglichkeit der Prüfung aller geschäftlichen und betrieblichen Anordnungen die Arbeitnehmer den Betrieb durchleuchten können und somit das Gefühl, nur ein Rädchen im großen Betriebe zu sein, verlieren. An Stelle der Unterordnung tritt die bedingte Gleichberechtigung.

Bei kollektiver oder individueller Regelung der Arbeitsbedingungen ist der Betriebsrat beizuziehen. Wohlfahrtseinrichtungen des Betriebes werden durch ihn verwaltet. 10 Prozent des Reingewinnes des Unternehmens sind dem Betriebsrat zur Verfügung zu stellen für Unterstützungen. Über die Verwendung entscheidet er im Einverständnis mit den zuständigen Organen der Gewerkschaft und der Betriebsleitung.

Damit der Betriebsrat die wirtschaftliche Tätigkeit des Unternehmens überwachen kann, hat ihm die Betriebsleitung, sei es die eines privaten oder nationalisierten Unternehmens, nicht nur Einsicht in die Lohnbücher zu gewähren, sondern auch die übrigen Geschäftsbücher, Kalkulationsunterlagen und technischen Berichte zu unterbreiten. Der Betriebsrat ist bei Ausarbeitung des Wirtschafts- und Produktionsplanes des Betriebes zuzuziehen. Die Betriebsleitung hat mindestens monatlich den Betriebsrat und halbjährlich der Betriebsversammlung über die Lage und die Entwicklung des Unternehmens Bericht zu erstatten. Das Vorlegen einer summarischen Gewinn- und Verlustrechnung und einer Bilanz, welche keine oder nur unzureichende Auskünfte geben, wie dies in der Schweiz geschieht, genügt also nicht. Produktionsgeheimnisse werden jedoch gewahrt.

Da in der selben Betriebsgruppe der Gewerkschaft neben der Betriebsarbeiterschaft auch das kaufmännische und technische Personal organisiert ist und alle drei Arbeitnehmerkategorien im Betriebsrat vertreten sind, ergänzen sich die Mitglieder in ihrem Wissen gegenseitig, so daß die in diese Institution gesetzten Erwartungen sich erfüllen dürften.

In Betrieben mit mehr als zwanzig Arbeitnehmern ist ein Betriebsrat zu bestellen. Er besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Je nach Größe der Belegschaft nimmt die Zahl der Mitglieder laut einem festen Schlüssel zu. Praktisch ist die Mitgliederzahl auf fünfzehn begrenzt. Besteht ein Unternehmen aus mehreren Betrieben, so wählt jeder Betrieb einen Betriebsrat und durch Abordnungen aus diesen wird noch ein Unternehmenrat gebildet. In Betrieben mit drei bis zwanzig Arbeitnehmern übt ein Vertrauensmann die Funktionen des Betriebsrates aus. Betriebsrat und Vertrauensmann werden geheim durch die Belegschaft gewählt. Der Betriebsrat amtiert während der Arbeitszeit. Seine Mitglieder erfahren dadurch keinen Lohn- oder Verdienstausschlag. Bei Belegschaften von über fünfhundert Köpfen kann ein oder mehrere Mitglieder von der Berufsarbeit dispensiert werden.

Als anfangs 1947 der Zweijahrplan in Kraft trat, hatten Betriebe Mühe, die ihnen auferlegten Monatsziffern zu erfüllen. Da die Belegschaften die Angelegenheiten des Betriebes auch zu den ihren machten, haben sich spontan Produktionsausschüsse aus gut ausgewiesenen und anerkannten Arbeitern und Ingenieuren gebildet. Diese versuchen mit der Betriebsleitung zusammen die Ursache der Nichterfüllung des Planes festzustellen und Abhilfe zu schaffen, meist mit Erfolg. Die Zusammenarbeit hat sich so gut eingespielt, daß die Produktionsausschüsse ohne weiteres funktionieren und keiner gesetzlichen Verankerung bedurften.

Die Gewerkschaft

In der Vorkriegszeit war die tschechoslowakische Gewerkschaftsbewegung unglaublich zersplittert. Jede politische, konfessionelle und völkische (sprachliche) Gruppe hatte ihre Berufsgewerkschaften. Man zählte fast vierhundert Verbände, die in gegen dreißig Gewerkschaftszentralen ihre Dachorganisationen hatten. Unter diesen Verhältnissen konnte natürlich die Arbeiterschaft nicht entsprechend ihrer sozialen Stärke politisch oder gewerkschaftspolitisch sich Geltung verschaffen. Da während der Okkupation die Deutschen für ihre kriegswirtschaftliche Organisation der Gewerkschaften bedurften, bemühten sie sich, die Gewerkschaften in Einheitsorganisationen zusammenzuschließen.

Die Konzentrationsbewegung fand nach den Revolutionstagen im Mai 1945 ihren Abschluß.

Die ROH (Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung) ist die gewerkschaftliche Organisation aller Arbeitnehmer. Splittergruppen bestehen nicht. Bedeutsam ist, und hierin liegt der sehr wichtige Unterschied zu den Verhältnissen der Vorkriegszeit, ob Arbeiter oder Angestellter kaufmännischen oder technischen Berufes, ob Arbeitnehmer privater oder staatlicher Betriebe oder der Verwaltung, sie alle sind in eine Gewerkschaftsorganisation zusammengeschlossen.

Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Von den rund 3 300 000 Arbeitnehmern waren 2 120 000 oder zwei Drittel Ende 1947 organisiert. Davon fallen 1 860 000 auf die historischen Länder. In den Zahlen sind die gewerkschaftlich organisierten Polizisten nicht enthalten, weil darüber keine Angaben veröffentlicht werden.

Organisationsbasis der Gewerkschaft ist die Betriebsgruppe. Sobald zwanzig Mitglieder in einem Betrieb tätig sind, wird eine Gruppe gebildet. Sie umfaßt Betriebsarbeiter, kaufmännische Angestellte und Techniker. Besteht ein Unternehmen aus mehreren, örtlich getrennten Betrieben, so schließen sich die fraglichen Betriebsgruppen noch in eine gewerkschaftliche Unternehmengruppe zusammen. In den Fällen, in welchen Betriebsgruppen nicht möglich sind, werden für die «verlorenen» Mitglieder Ortsgruppen geschaffen.

Betriebs- und Ortsgruppen sind in Bezirksgewerkschaftsräten, die wiederum in siebenundzwanzig Kreisgewerkschaftsräten und diese letztlich im Zentralgewerkschaftsrat organisatorisch zusammengefaßt. Der Zentralrat wird in der Versammlung der Delegierten aller Betriebsgruppen gewählt. Die Delegiertenversammlung legt die Richtlinien der Gewerkschaftspolitik fest. Im Rahmen dieser koordiniert der zentrale Gewerkschaftsrat alle Anstrengungen und Maßnahmen und richtet sie auf die staatlichen, planwirtschaftlichen und andern Anordnungen aus. Der zentrale Rat besteht aus hundertdreißig Mitgliedern, wovon drei Viertel direkte Vertreter der Betriebe sind.

Da die Gewerkschaften in der Tschechoslowakei mehr noch als in der Schweiz mit ausgesprochenen Berufsfragen (zum Beispiel Berufsbildung) oder besondern Fragen einzelner Wirtschafts- oder Verwaltungszweige sich zu befassen haben, sind Fachgruppen geschaffen worden. Organisatorisch geschah dies derart, daß den Bezirks- und Kreisgewerkschaftsräten sowie dem Zentralrat je einundzwanzig Fachausschüsse angegliedert wurden. Ihre Mitglieder sind zugleich auch Mitglieder des fraglichen Gewerkschaftsrates. Somit ist einerseits die Einheit und andererseits die notwendige Dezentralisation für spezielle Belange gewahrt. Die Beschlüsse der Fachgruppe unterliegen der Genehmigung durch den Gewerkschaftsrat.

Die Sozialdemokratische Partei

Es kann sich nicht darum handeln, hier zur Haltung der Sozialdemokratischen Partei vor, während und nach den Februarereignissen 1948 Stellung zu nehmen, noch über die Entscheide einzelner ihrer Gruppen zu urteilen. Doch soll versucht werden, die Probleme, vor welche die Partei und ihre Mitglieder sich gestellt sahen, zu umschreiben.

Bei der Wahl des verfassungsgebenden Parlaments (Mai 1946) wies sich die Kommunistische Partei zur Überraschung aller als die stärkste Partei aus. Sie brachte 38 Prozent der Stimmen hinter sich. Ihr folgte die Nationale Sozialistische Partei (Beneš-Partei) mit 18 Prozent, dieser dicht aufgeschlossen die Volkspartei (Katholiken) mit 16 Prozent. An vierte Stelle trat die Slowakische Demokratische Partei mit 13,5 Prozent der Stimmen. Unmittelbar dahinter stellte sich die Sozialdemokratische Partei mit rund 905 000 Stimmen oder 13 Prozent. Die restlichen Prozente entfielen auf zwei kleine Parteien. Die beiden Linksparteien hatten somit eine knappe Mehrheit auf sich vereinigt,

Nach diesem Kräfteverhältnis sind Regierung und Selbstverwaltungen zusammengesetzt worden. Gemeindewahlen fanden bis anhin nicht statt.

Die Sozialdemokratische Partei zählte laut dem Bericht, der dem Parteitag in Brünn Mitte November 1947 vorgelegt wurde, 363 735 Mitglieder, darunter 99 363 Frauen und 50 511 Jugendliche. Der Anteil der Arbeiter betrug einen guten Drittel. Relativ erheblich war der Anteil öffentlicher und privater Angestellter, der Landwirte sowie der Gewerbetreibenden und der Intellektuellen (zusammen rund 45 Prozent der Mitglieder). Die Verschiebung zu den Mittelschichten ist augenfälliger, wenn die Struktur der Parteimitgliedschaft mit der soziologischen Schichtung der Bevölkerung verglichen wird. Die Partei wurde eine Volkspartei, um nicht zu sagen eine Partei der Mitte. Und hierin lag zugleich ihre Schwäche. Nach der Revolution im Mai 1945 haben sich die Ereignisse überstürzt. Während der verhältnismäßig kurzen Zeit seit der Revolution konnte sich keine politisch einheitliche Meinung innerhalb der Partei bis in all ihre Zweige entwickeln oder festigen. Dies zeigte sich besonders in den lokalen und regionalen Organisationen und Belangen. In ausgesprochen industriellen Gemeinden oder Gegenden war die politische Haltung auch ideologisch sehr der kommunistischen angeglichen und in landwirtschaftlichen Gebieten kaum von der kleinbürgerlichen zu unterscheiden. Deutlich kam dies in der lokalen Parteipresse zum Ausdruck.

Auch die Tschechoslowakei hat ihr rechtsstehendes Bürgertum und ihre Reaktiönäre in der Landwirtschaft. Ihnen ist durch die Nationalisierung der Betriebe, Agrarreform, Betriebsräte usw. die wirtschaftliche Basis ganz oder teilweise entzogen worden. Nach der Revolution hielten sie sich still im Hintergrund. Mit der Zeit haben sie jedoch auf die Leitung der nicht sozialistischen Parteien immer mehr Einfluß gewonnen. Je stärker in der Welt die Blockbildung sich durchsetzte, desto deutlicher trat die Umgruppierung innerhalb dieser Parteien und die Änderung in ihrer politischen Haltung in Erscheinung. Es sei nur an die Auseinandersetzungen im Herbst 1947 um die zufolge der Dürre notwendige Verteilung der Lasten, welche der Landwirtschaft abgenommen werden mußten, erinnert oder auf die Diskussion um die Gehälter der öffentlichen Angestellten verwiesen, in welcher versucht wurde, einen Keil in die Gewerkschaft zu treiben. In Wirtschaftskreisen wurde zum Beispiel letztes Jahr schon von einer Ablösung des Zweijahresplanes für 1949 durch einen loseren Rahmen, welcher den Unternehmen weitergehende wirtschaftliche Freiheiten im Sinne der liberalen Wirtschaftsauffassung einräumen sollte, ernstlich gesprochen. Aus ähnlichen Gründen kamen selbst die Beratungen wegen der Verfassung nicht vorwärts. Die Debatte im Parlament über die Polizeioffiziere und der Rücktritt der bürgerlichen Minister sind nur noch Schlußpunkte dieser Entwicklung.

Die Sozialdemokratische Partei nahm vielfach die Rolle eines Vermittlers ein, was ihr wohl oft gelang, sie aber nicht überall Freunde gewinnen ließ. Mit dem Rücktritt der Minister war jedoch die Lage derart zugespitzt, daß die Partei nicht mehr vermitteln konnte, sondern Stellung beziehen mußte.

Ein Weg zum Sozialismus war eingeschlagen und zu einem sehr beachtlichen Teil schon beschritten worden. Die großen Betriebe, Banken und Versicherungen waren nationalisiert, der Zweijahrplan war Tatsache geworden, die Arbeiter und Angestellten hatten im Betrieb das Recht zur Kontrolle und Mitsprache erhalten, durch die Agrarreform war die Lösung verschiedener landwirtschaftlicher Probleme eingeleitet worden. Dies alles würde mehr oder weniger in Gefahr gestanden haben, wenn die Nationale Sozialistische Partei, die Volkspartei und die Slowakische Demokratische Partei zusammen wieder die Macht im Staate errungen hätten. Vergleiche mit der Entwicklung in andern Ländern lassen daran nicht zweifeln. Andererseits war die Sozialdemokratische Partei offensichtlich zu schwach, auch wenn die Zeit seit Mai 1946 eine Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten gebracht hätte, gegen den Willen dieser Parteien eine sozialistische Politik durchzusetzen oder einer allfälligen Koalitionspolitik ihren Stempel

aufzudrücken. Die Sache würde selbst bei günstigen Umständen aller Voraussicht nach dadurch erschwert gewesen sein, daß in der Kommunistischen Partei eine starke Opposition bestanden hätte.

Die «dritte Kraft» war nicht Tatsache. In der Gewerkschaft arbeiteten die Sozialdemokraten in gutem Einvernehmen mit den Kommunisten. Wenn auch bei Arbeitern Unzufriedenheiten wegen der unzureichenden Versorgung an industriellen Konsumgütern oder wegen der Unzulänglichkeit in einzelnen Betrieben bestehen, so richten sich diese meist nicht gegen die Errungenschaften an sich noch gegen die politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen. Nur gegen den geschlossenen Willen und Widerstand der Arbeiterschaft könnte zum Beispiel das Recht der Betriebsräte verwässert oder gar abgebaut werden, diese Rechte, welche dem industriellen Bürgertum so unbequem sind, weil sie ihre wirtschaftlichen Freiheiten so sehr einschränken. Da die Sozialdemokratische Partei bei einer Auflösung der Nationalen Front den reaktionären Maßnahmen auf Abbau oder Verwässerung nicht auf der ganzen Linie erfolgreich hätte entgegengetreten oder der Mitverantwortung nicht gänzlich sich entziehen können, hätte dies voraussichtlich zu einer weiteren Entfremdung zwischen ihr und der Arbeiterschaft führen müssen. Unbefangene Beobachter schätzen ferner, daß unter den Neusiedlern in den Randgebieten und unter den Bauern die Kommunistische Partei recht zahlreiche Mitglieder oder zumindest Mitläufer hatte — schon vor den Februarereignissen 1948.

Auf diese Weise sah sich die Sozialdemokratische Partei im Februar 1948 vor eine Alternative gestellt: Entweder war sie für die Erneuerung der Nationalen Front, was gleichbedeutend war mit einer engen Zusammenarbeit zwischen ihr und der Kommunistischen Partei, für das Weiterschreiten auf dem einmal eingeschlagenen Wege zum Sozialismus, was in verschiedenen Beziehungen zur Preisgabe von sozialdemokratischen Idealen und Grundsätzen führen muß. Da die Kommunistische Partei die stärkste Partei ist, wird sie die politischen Entscheidungen treffen, und praktisch wird die Sozialdemokratische Partei in der kommunistischen aufgehen. Oder aber die Partei hätte es auf einen Bruch der Nationalen Front ankommen lassen, dann wäre sie in eine scharfe Opposition zur Kommunistischen Partei und damit politisch an die Seite der bürgerlichen Parteien gedrängt worden, wo sie eine Verwässerung oder den Abbau der bisherigen wirtschaftlichen Errungenschaften nicht verhindern, vielleicht aber hätte verlangsamen können. Wieweit sie dabei ihre Programmpunkte über den Ausbau der parlamentarischen Demokratie und die Erhaltung der bürgerlichen Freiheiten hätte zu wahren oder gar zu verwirklichen vermögen, würde wahrscheinlich nicht von ihr maßgeblich abhängig gewesen sein.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Februarereignisse 1948 abgespielt. Daß der Entscheid nicht leicht war, wird dadurch bestätigt, daß die sozialdemokratischen Minister nicht auch zurücktraten und die Partei das Angebot der Kommunistischen Partei vom 21. Februar, mit ihr zusammen in der neuen Nationalen Front einen sozialistischen Kern zu bilden, erst am 25. Februar annahm. Der Sozialdemokrat, der heute mit der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei eng zusammenarbeitet, und der Sozialdemokrat, der sich in der Folge aus dem politischen Leben zurückgezogen hat, jeder kann für seine Haltung beachtliche, wichtige Gründe, die hier nicht alle angeführt sind, geltend machen. Die Sozialdemokraten befanden sich also in einer Zwangslage und standen vor einer Frage des Gewissens. Sich zu entscheiden war, in Anbetracht aller Umstände und der den Kommunisten zur Verfügung stehenden Macht, sicher nicht leicht. Ein objektives Urteil über ihren Entscheid und über ihre Haltung muß gerechterweise einer späteren Zeit noch vorbehalten bleiben.